



iran-report

Nr. 02/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Programmkongress des Reformbündnisses „Front Zweiter Khordad“ - kritische Zwischenbilanz des bisherigen Reformprozesses - Deutliche Forderung nach entschiedeneren Reformen in allen Bereichen - Privatisierungen und Abbau staatlicher Bürokratie unerlässlich für wirtschaftliche Entwicklung / Bericht der UN-Kommission für Menschenrechte über die Lage in Iran - weiterhin eklatante Verletzungen der Menschenrechte, vereinzelte Fortschritte / Die Gäste der Berliner Konferenz - Hafturlaub für Gandji, Eshkevari und die Übersetzer Khalil Rostamkhani und Said Sadr / Verurteilung des Opfer-Anwalts im Kettenmordverfahren - 5 Jahre Haft und 70 Peitschenschläge

II. Außenpolitik

US-Drohungen - Iranischer Sicherheitsrat diskutiert Verhängung des Ausnahmezustands - faktischer Machtzuwachs für Konservative befürchtet - Reformen und liberale Presse protestieren / Iranisch-amerikanische Beziehungen - Reformen drängen auf Konfliktlösung und Dialog - US-Senator Biden bietet Parlamentariertreffen an - Positive Reaktion der iranischen Regierung - Revolutionsführer Chamenei blockiert / Moskaubesuch von Außenminister Kharrazi abgesagt - Berlin-Besuch von Parlamentspräsident Karrubi abgesagt / „Öl als Waffe“? - Tagung der Konferenz Islamischer Staaten in Kuala Lumpur - Irans Außenpolitik in der Zwickmühle

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 03/2002 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im April 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Programmkongress des Reformbündnisses „Front Zweiter Khordad“

Seit einigen Monaten verfestigt sich in Iran die Ansicht, die Reformen seien in eine Sackgasse geraten. Die willkürlichen Presseverbote und Haftstrafen gegen Journalisten, profilierte Reformen und Andersdenkende durch die Justiz, die Blockadehaltung des Wächterrats gegenüber Gesetzesvorhaben des Parlaments, die permanente Einmischung des Revolutionsführers in die Angelegenheiten der Regierung und nicht zuletzt die nahezu uneingeschränkte Macht religiöser Stiftungen, die sich im Verlauf von zwei Jahrzehnten zu gigantischen Unternehmen entwickelt haben und einen großen Teil der Wirtschaft beherrschen, führten bei einem großen Teil der Bevölkerung zu einer größeren Skepsis über die Erfolgsaussichten der Reformen. Selbst unter den islamischen Reformern werden die Stimmen lauter, die die bisherige Strategie, mit viel Geduld und Zähigkeit zumindest die gemäßigten Konservativen zu Kompromissen zu bewegen, als gescheitert betrachten. Es scheint, daß nur noch eine Minderheit Chatamis Auffassung teilt, jeder Widerstand, jeder Frontalangriff habe verheerende Folgen und nur die Strategie der leisen Schritte könne zum Ziel führen. Viele befürchten nun eine Spaltung der Reformbewegung, erste Anzeichen dieser Gefahr sind bereits zu erkennen. Selbst im Regierungslager werden inzwischen unterschiedliche Meinungen artikuliert. Reformen außerhalb des Regierungslagers, Geistliche, Journalisten, Intellektuelle betrachten Chatamis Vorgehensweise skeptisch oder sind längst auf Distanz gegangen. Die größte Studentenorganisation „Tahkim-e Wahdat“, die sich bei der Wahl Chatamis und bei den Parlaments- und Kommunalwahlen zugunsten der Reformen stark engagiert hatte, befindet sich in einer tiefen Krise. Es wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, ob es gelingt, diese große Organisation noch am Leben zu erhalten.

Angesichts dieser Lage gewann der Vorbereitungskongress des breiten, Chatamifreundlichen Reformbündnisses „Front Zweiter Khordad“ am 7. März 2002 unerwartete Brisanz. 18 Organisationen, Parteien und Gruppen nahmen an dem

eintägigen Kongreß teil. Mit diesem Kongreß initiierte die Front erstmalig eine grundsätzliche Programmdiskussion, die im April dieses Jahres auf einem großen Kongreß, an dem Vertreter der Front aus allen Teilen des Landes teilnehmen werden, wahrscheinlich in die Verabschiedung eines gemeinsamen politischen Programms münden wird.

Mohammad Salamati, Vorsitzender der Koordinationsrats der Front sagte zu Beginn der Tagung: „Die Front ist bestrebt, die in der Verfassung verankerte Freiheit und Gerechtigkeit zu realisieren, sie will, daß es keine Diktatur mehr gibt. Die Front sieht sich mit Gruppen und Banden konfrontiert, die die Entwicklung des Landes und des Volkes verhindern.“ Salamati, Vorsitzender der an der Regierungskoalition beteiligten „Modjahedin-e enghelabe eslami“ teilte die Gegner der Reformbewegung in zwei Gruppen ein: „Konservative und mafiöse Banden“.

Einige Redner kritisierten die mangelnde Einheit und Fähigkeit zur längerfristigen Planung der Front sowie eine zu intensive Beschäftigung mit tagespolitischen Angelegenheiten. Die Front habe außerdem in den letzten Jahren den Dialog mit der Bevölkerung vernachlässigt. Zudem sei es ihr nicht gelungen, das Privatkapital für wirtschaftliche Investitionen zu mobilisieren.

Das Schlußkommuniqué zieht eine kritische Bilanz der letzten fünf Jahren, indem es die Errungenschaften der Reformbewegung, aber auch Versäumnisse hervorhebt. Nach wie vor behinderten Willkür und Unterdrückung die Entwicklung der Demokratie, obwohl „das Ausmaß der Aggressionen, die bis zum Terror reichten, gemildert worden“ sei. „Dennoch sollte man nicht vergessen, daß das Verbot von Zeitungen, die Niederschlagung von Studentenprotesten, die Verurteilung und Inhaftierungen von Journalisten, Intellektuellen und Politikern und die kürzlich erfolgten, unerlaubten Verhöre von Autoren gerade in den vergangenen zwei Jahren stattgefunden haben.“

Das Kommuniqué betont, daß die Reformbewegung eine neue politische Kultur eingeführt habe. Zum ersten Mal in der iranischen Geschichte sei es einer Reformbewegung gelungen, gestützt auf

ein klares Votum der Wähler, auf friedlichem Wege die politische Macht zu übernehmen und den historischen Gegensatz zwischen Volk und Staat zu überwinden. Die Reformbewegung habe die gesamte Gesellschaft, die Literatur, die Künste, die Wissenschaften, erfaßt und das private und gesellschaftliche Leben tiefgreifend beeinflußt. Grundlage des Erfolgs sei, daß die Reformen der Bevölkerung nicht von oben durch politische Experten diktiert worden seien. Sie seien vielmehr aus den Bedürfnissen und Forderungen der Menschen, aus einem historischen Prozeß und aus geschichtlichen Erfahrungen hervorgegangen. Die Reformen hätten dem Leben des Individuums neue Bedeutung verliehen und gleichzeitig das gesellschaftliche Engagement verstärkt. Aus diesem Engagement seien unzählige regierungsunabhängige Organisationen, Vereine und Verbände hervorgegangen.

Besorgniserregend sei jedoch, daß zunehmende Bürokratisierung, Konservatismus, Zeitvergeudung, Mangel an notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten die Geschwindigkeit des Reformprozesses bremsen. Nach wie vor seien die Bürger von bedeutenden Entscheidungen ausgeschlossen. Natürlich habe die Regierung ein schweres Erbe übernommen: Strukturen, die gegen die Sicherheit des Kapitals und des Eigentums gerichtet seien, die das Staatsmonopol verfestigten und die Bevölkerung ausgrenzten. Die Überwindung dieser Strukturen sei zwar anerkanntermaßen langwierig, die bereits getroffenen Maßnahmen stünden aber nicht im Einklang mit den Kapazitäten und Erwartungen der Bevölkerung.

Die iranische Wirtschaft sei nach wie vor mit großen Problemen konfrontiert. Reformmaßnahmen wie Privatisierungen staatlicher Unternehmen sowie der generelle Schutz von Privatkapital und -eigentum, die den eigentlichen Motor wirtschaftlicher Entwicklung bildeten, stünden weiterhin auf der Tagesordnung. Solange die Regierung nicht in der Lage sei, dieses Hauptproblem der Wirtschaft zu lösen, werde es keine grundsätzliche Verbesserung der Perspektiven geben. Der Übergang von einer bürokratisierten, staatlich gelenkten Gesellschaft in die Zivilgesellschaft stelle den Kernpunkt der Reformen dar. Dieser Übergang könne allerdings nur dann beschritten wer-

den, wenn nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die Universitäten, Ausbildungsstätten, sämtliche Kapazitäten der Kultur, Kunst und Literatur in den Entscheidungsprozeß einbezogen würden. Das Parlament müsse grundsätzliche Gesetze wie das Pressegesetz, Wahlgesetz, Parteiengesetz und Gesetze zur Sicherung der freien Meinungsäußerung verabschieden, um die Rechte der Bürger in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zu sichern.

Iranische Frauen, denen im Verlauf der Geschichte zusätzliches Unrecht widerfahren sei, müssten die Gelegenheit erhalten, auf allen Ebenen der Politik und Gesellschaft sich zu bewähren und an den Entscheidungen beteiligt zu werden.

Die Globalisierung der Wirtschaft, Kultur und Politik bedeute für Staat und Gesellschaft eine große Herausforderung. Traditionelle Strukturen der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seien dieser Herausforderung nicht gewachsen, sie verhinderten im Einklang mit den entsprechenden veralteten Gesetzen und Bestimmungen eine langfristige Planung und trieben damit das Land an den Rand der globalisierten Welt.

Das internationale Ansehen, das die Islamische Republik in den letzten Jahren durch „Weitsicht, Mut und Zähigkeit“ errungen habe, werde durch Willkürmaßnahmen oder widersinnige Äußerungen bis hin zu der Gefahr eines Krieges gefährdet. Die Kriegsbereitschaft sei die äußere Erscheinung einer Strömung, deren Macht nicht durch das Volk legitimiert sei. Diese Strömung versuche, die eigene Krise im Innern durch eine äußere Krise zu kaschieren.

Nicht Krieg und das Schüren von Konflikten, sondern allein eine Politik des Friedens und die innere Einheit des Landes würden die USA zwingen, die Forderungen Irans zu akzeptieren. Daher müssten alle Kräfte des Landes zur Stärkung der Regierung, ihrer Außenpolitik und der Herstellung der nationalen Einheit mobilisiert werden. In diesem Rahmen müsse auch die Justiz durch die Freilassung der politischen Gefangenen, der Angehörigen der Presse und der Studentenschaft, sowie durch die Aufhebung des Verbots von Zeitun-

gen und Sanktionen gegen bestimmte Institutionen dazu beitragen, daß alle Kräfte des Landes gegen die Drohungen aus den USA freigesetzt werden können. Das Vorgehen der Justiz in den letzten Jahren zeuge nicht vom Willen zu Reformen. Im Gegenteil, manche Aktivitäten deuteten eher auf eine rückwärts gerichtete Entwicklung. „Auf den Trümmern der Justiz ist kein Anzeichen eines Wiederaufbaus zu erkennen.“ (in Anspielung auf eine Äußerung des Justizchefs Shahroudi, der bei seinem Amtsantritt die Justiz als „Trümmerhaufen, den es wieder aufzubauen“ gelte bezeichnete)

Im Zusammenhang mit den Drohungen von außen müsse gegen jede willkürliche Einmischung in die Angelegenheiten der Regierung sowie gegen abenteuerliche Stellungnahmen, die die iranische Außenpolitik beeinträchtigten, vorgegangen werden.

Das Kommuniqué schließt mit der Feststellung, daß die Zivilgesellschaft der einzige Schlüssel zur Bewältigung der aktuellen Krisen und Probleme sei. Daher schlägt die „Front Zweiter Khorad“ vor, das Jahr 1381 (2002/2003) zum „Jahr der Zivilgesellschaft“ auszurufen.

Mit diesem Kommuniqué unternimmt die Front, die bisher vor allem einen lockeren Zusammenschluß von Parteien und Gruppen darstellte, zum ersten Mal einen Versuch zur Erstellung eines gemeinsamen politischen Programms. Dieses Kommuniqué bildet eine solide Diskussionsbasis für den Kongreß der Front, der im April stattfinden soll. Immerhin werden in diesem Kommuniqué auch strukturelle Probleme wie die Rolle des Privateigentums und Privatkapitals, das Verhältnis vom Staat und Volk, die Rolle regierungsunabhängiger Organisationen, der Presse, der Medien, der Kultur, Kunst und Literatur angesprochen. Zwar werden die Adressaten nicht mit Namen genannt, aber es ist nicht schwer zu erraten, gegen wen die Kritik gerichtet ist, wenn hier von willkürlicher Einmischung und abenteuerlichen Äußerungen gesprochen wird.

Bericht der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen über die Lage in Iran

Anfang März diesen Jahres wurde der aktuelle Bericht des UNO-Beauftragten Maurice Copithorne über die Lage in Iran veröffentlicht. Da Copithorne, wie in den vergangenen Jahren, auch für das Jahr 2001 keine Einreiseerlaubnis erhielt, stützt sich sein Bericht auf Dokumente, Zeugenaussagen und offizielle Stellungnahmen. Iran-Kennern bietet der Bericht keine Überraschungen. Copithorne erkennt innerhalb der iranischen Bevölkerung den großen Wunsch nach Reformen. Dem stehe die eklatante Verletzung der Menschenrechte gegenüber. Das Verbot der liberalen Presse, die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, die Mißachtung der Rechte der Frauen, das Wüten der Justiz gegen Andersdenkende, die ungleiche Behandlung religiöser und ethnischer Minderheiten, Wirtschaftskrise, Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut bei größeren Teilen der Bevölkerung gehörten nach wie vor zu den Realitäten der iranischen Gesellschaft. Die Zahl der Hinrichtungen, öffentlichen Steinigungen und Auspeitschungen habe zugenommen.

Positiv zu bewerten sei die wachsende Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft innerhalb der Bevölkerung, die darauf hinweise, daß die Bürger der herrschenden Macht weit voraus seien. Der Beschluß des Parlaments zur Wiedereinführung der Staatsanwaltschaft sei ein wichtiger Schritt im Rahmen der Reformen. Dies schränke die Macht der Richter ein, die oft auch gleichzeitig die Rolle des Staatsanwalts, des Verteidigers und der Geschworenen übernähmen. Zu den Reformvorhaben innerhalb der Justiz zähle auch die baldige Einführung eines Jugendgerichts. Weiterhin positiv zu bewerten sei die Aktivierung des Ordnungsgerichts für Richter, das für richterliche Gesetzesverstöße zuständig sei. Im Berichtsjahr (2000 bis August 2001) seien innerhalb von vier Monaten 40 Richter entlassen worden. Aus dem Bericht geht jedoch nicht hervor, ob davon auch einige mit politischen Prozessen befasste Richter betroffen waren.

Gäste der Berliner Konferenz

Wie bereits berichtet, wurde Ezatollah Sahabi nach 15 Monaten Haft am 2. März gegen eine Kaution in Höhe von 200 Millionen Tuman (1,3 Millionen Euro) freigelassen. Neben der Teilnahme an der Berliner Konferenz wurde er wegen einer öffentlichen Stellungnahme gegen das System des Welajte Faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) und wegen angeblicher Aktivitäten zum Sturz der Islamischen Republik angeklagt. Auf einer Pressekonferenz nach seiner Freilassung sagte Sahabi, er wisse nicht, ob er tatsächlich soviel wert sei wie die Kaution. Die ungewöhnlich hohe Summe solle vermutlich eher die Anklage aufwerten. Er sei von der „Schuld“, an der Berliner Konferenz teilgenommen zu haben, frei gesprochen worden. Zu dem Vorwurf, den Sturz der Islamischen Republik geplant zu haben, sagte er: „Ich habe weder eine solche Absicht gehabt, noch entsprechende Aktivitäten unternommen.“ Auf die Frage nach seiner weiteren politischen Aktivitäten antwortete Sahabi: „Ich vermute, daß man den Mitgliedern der ‚National-Religiösen‘ Gruppe nach Abschluß der Prozesse nicht erlauben wird, politisch aktiv zu sein. Was mich persönlich betrifft, wird es keine Probleme geben. Doch nach allem, was ich im Gefängnis erlebt habe, ziehe ich es vor, mich eine Zeitlang von solchen Aktivitäten fern zu halten.“

Über seine bevorstehende Freilassung, so Sahabi weiter, seien weder seine Familie noch er selbst informiert worden. Die letzten Monate habe er im Krankenhaus verbracht. Er fuhr fort: „Zweimal habe ich eine Herzattacke bekommen, das erste Mal als ich meine angeblichen Zugeständnisse in der Tageszeitung ‚Aftab-e Yazd‘ las. Danach wurde ich ins Krankenhaus gebracht.“

Dem Journalisten Akbar Gandji und dem Geistlichen Hassan Yussefi Eshkevari wurden zum iranischen Jahreswechsel (21. März) eine Woche Hafturlaub zugestanden. Gandjis Verteidiger Gholamali Riahi erklärte, aus juristischer Sicht gäbe im Fall Gandjis keine Veränderungen.

Die beiden Übersetzer Said Sadr und Khalil Rostamkhani erhielten ebenfalls Hafturlaub.

Verurteilung des Opfer-Anwalts im Kettenmordverfahren

Dr. Nasser Zarafshan, Anwalt der Opfer von Kettenmorden gegen Schriftsteller und Intellektuelle, wurde zu fünf Jahren Gefängnis und 70 Peitschenschlägen verurteilt. Wie der Verurteilte der Presse mitteilte, habe man während seiner Untersuchungshaft angeblich eine Waffe und alkoholische Getränke in seinem Anwaltsbüro gefunden. Dafür sei er zu drei Jahren Haft und 70 Peitschenschlägen verurteilt worden. Weitere zwei Jahre Gefängnisstrafe habe er wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen bekommen. Zarafshan hatte immer wieder die Öffentlichkeit über den Verlauf des Prozesses gegen die Kettenmorde informiert und dazu Stellung genommen. „Offiziell wird behauptet“, so der Anwalt, „die Kettenmorde seien von einer Bande geführt worden, die mit dem Staat nichts zu tun habe. Daher kann die Weitergabe von Informationen über den Prozeß gegen diese Bande nicht als Verrat staatlicher Geheimnisse betrachtet werden.“

Internationale Menschenrechtsorganisationen und Juristenverbände protestierten gegen dieses Urteil. Zarafshan selbst legte Berufung ein.

II. Außenpolitik

Sicherheitsrat diskutiert Ausrufung des Ausnahmezustands

In den letzten Tagen beherrschen zwei Themen die öffentliche Debatte in Iran. Beide stehen im Zusammenhang mit den Drohungen der US-Regierung. Es geht zum einen um Präventivmaßnahmen gegen einen möglichen militärischen Angriff der USA und andererseits um grundsätzliche Fragen der iranischen Außenpolitik. In einer geheimen Sitzung diskutierte der Nationale Sicherheitsrat als wichtigste Maßnahme die Ausrufung des Ausnahmezustands. Dem dreizehnköpfigen Rat unter Vorsitz von Staatspräsident Chatami gehören unter anderem der Außen-, der Verteidigungs-, der Informations- und der Innenminister an. Über die Maßnahme konnte offenbar keine Einigung erzielt werden. Den konservativen Reformgegnern wäre die Ausrufung des Ausnahmezustands höchst willkommen, da die geltenden Gesetze für einen Ausnahmezustand ihre Machtposition innerhalb des staatlichen Machtgefüges faktisch stärken würden. Der Parlamentsbeschluss über den Haushalt würde aufgehoben und statt dessen ein Kriegshaushalt beschlossen, die Informationspolitik weit mehr als bisher eingeschränkt, ebenso die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Aktivitäten der Parteien und Organisationen. Sogar das Parlament, dessen Mehrheit zur Zeit von den Rechten als fünftes Rat der USA bezeichnet wird, würde in seiner Arbeit eingeschränkt.

Das Vorhaben forderte denn auch den Protest der Reformer heraus. Mohsen Armin, Parlamentsabgeordneter aus Teheran erklärte: „Es gibt drei Möglichkeiten, um den Drohungen aus den USA zu begegnen: Kapitulation, militärische Konfrontation oder Hinhaltetaktik... Wir verfügen über große Möglichkeiten und Kapazitäten, um die aggressive Politik der USA gegen Iran wirkungslos zu machen. Diese Möglichkeiten gehen weit über politische Stellungnahmen hinaus. Wir brauchen den inneren Konsens, die innere Einheit. Nicht der politische Wettbewerb, sondern die unverzeihlichen Fehler und die Ignoranz gegen den Willen und die Forderungen der Bevölkerung machen uns anfällig. Wir brauchen keinen Ausnahmezustand. Wir müssen dem verheerenden Zustand der letzten zwei Jahre, den

schädigenden Machenschaften ein Ende setzen.“

In einem Schreiben an den Staatspräsidenten und Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats erinnerten Parlamentsabgeordnete daran, daß gemäß der Verfassung der Islamischen Republik jede Art des Ausnahmezustands der Zustimmung des Parlaments bedarf.

Allem Anschein nach wurde vor allem aufgrund der Proteste, denen sich auch die noch erscheinenden liberalen Zeitungen anschlossen, von einer sofortigen Ausrufung des Ausnahmezustands Abstand genommen. Allerdings hängt die Maßnahme nun wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Reformer und kann jederzeit eingeleitet werden.

Iranisch-amerikanische Beziehungen

Präsident Bushs „Achse des Bösen“ zeigte in Teheran unmittelbar innenpolitische Wirkung. Die Konservativen und Ultrarechten fanden damit den willkommenen Anlaß, in einem neuen Propagandafeldzug die alten Feindschaften gegen den Westen, insbesondere gegen die USA wieder aufleben zu lassen. Zwar gelang es ihnen nach Jahren wieder zum Jahrestag der Revolution am 12. Februar Hunderttausende auf die Straße zu bringen. Dennoch hatte der Ruf „Tod den USA“ in der Bevölkerung nicht die entsprechende, nachhaltige Resonanz, sei es weil die Menschen die Parolen nicht mehr ernst nahmen oder weil mahnende Stimmen warnten, die Drohungen aus Washington könnten ernst gemeint sein. Die Rechte bekümmerte dies nicht sonderlich, sie versuchte, die Stimmung gegen die USA und Israel weiter anzuhetzen.

Anders die Reformer. Universitätsprofessor Sadegh Zibakalam faßte die Diskussion unter den Reformern wie folgt zusammen: „Die Vorstellung, wir könnten den USA militärisch Widerstand leisten, grenzt an pure Naivität, und es könnte durchaus sein, daß wir für diese Naivität einen furchtbaren Preis zahlen müßten. Die USA werden keine Truppen in den Iran schicken. Sie werden vom Persischen Golf aus oder aus entfernteren Regionen unsere Industriezentren und lebenswichtige Einrichtungen zerstören. Unsere Waffe gegen diese Gefahr ist die Waffe der Diplomatie. Wir müssen unsere außenpoli-

tischen Beziehungen so gestalten, daß Japan, Rußland, China, die Europäische Union und die arabische Welt sich gegen eine militärische Intervention aussprechen. Noch wichtiger ist unsere Außenpolitik gegenüber den USA selbst. Wir müssen zu den Amerikanern im Kongreß, im Senat, in den Medien, die die Politik von Präsident Bush nicht befürworten, Kontakt aufnehmen und mit ihnen verhandeln. Unsere Außenpolitik muß das Ziel haben, die Konflikte zwischen Iran und USA zu lösen."

170 Abgeordnete des Parlaments verlangten die Überprüfung der amerikanischen Vorwürfe und forderten eine aktivere Außenpolitik, um die Gefahren einer kriegerischen Auseinandersetzung abzuwehren. Damit wurde die Außenpolitik wieder einmal zum Hauptthema der Auseinandersetzung zwischen den Reformern und Konservativen.

Am 14. März erreichte Teheran inmitten der hitzigen Debatte ein Vorschlag des amerikanischen Senators und Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses, Joseph Biden: „Der auswärtige Ausschuß des Senats ist bereit, iranische Parlamentarier zu jeder Zeit und an jedem Ort zu empfangen. Ich denke, viele meiner Kollegen würden ein solches Treffen begrüßen und daran teilnehmen“, so Biden.

Soweit sie der Reformfraktion angehörten, bewerteten iranische Parlamentarier den Vorschlag aus Washington vorsichtig positiv, verbunden allerdings mit einer gewissen Skepsis. Mohsen Armin, zweiter Stellvertreter des Parlamentsvorsitzenden meinte: „Zu einer Zeit, in der amerikanische Streitkräfte vor iranischen Grenzen so stark wie noch nie präsent sind und die USA Iran militärisch bedrohen, wäre eine Zustimmung zu Verhandlungen mit dem Ziel der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ein Zeichen der Schwäche.“ Dennoch sprach Armin sich für Verhandlungen aus: „Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten muß man als ein Projekt betrachten, ein Projekt, das genau geplant und durchgeführt werden muß. Am Ende dieses Projekts steht die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen.“ Konkret schlug er vor, mit Ausnahme von Regierungsvertretern auf allen Ebenen Gespräche zu führen.

Noch konkreter äußerte sich Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh.

Auf einer Pressekonferenz am 17. März erklärte er mit Blick auf Senator Bidens Einladung: „Wir haben bereits im Rahmen unseres Vorschlags zum Dialog der Kulturen erklärt, daß wir mit allen Denkern und allen, die ohne Vorurteile mit uns sprechen möchten, zu Verhandlungen bereit sind. Doch man kann nicht einerseits ein Land verurteilen und andererseits Verhandlungen vorschlagen. Das Mißtrauen zwischen uns und den USA kann durch bestimmte Aktivitäten seitens der USA beseitigt werden. Die Entscheidung liegt also bei den Amerikanern. Im Übrigen hat die Regierung gegen Verhandlungen zwischen Denkern, auch zwischen Abgeordneten, die ohne Vorbedingungen zu Gesprächen bereit sind, nichts einzuwenden.“

Mit dieser Stellungnahme der Regierung schien sich ein Aufweichen der verhärteten Fronten zwischen Iran und den USA abzuzeichnen. Doch wie so oft machte Revolutionsführer Khamenei allen einen Strich durch die Rechnung. Einen Tag nach der Pressekonferenz des Regierungssprechers nahm Khamenei vor einer Versammlung der Regierungsvertreter zu der Einladung Bidens Stellung: „Verhandlungen bieten keine Lösung“, sagte er. „Diejenigen, die nach einer Bedrohung an Verhandlungen denken, offenbaren ihre Schwäche. Sollte der Feind uns den Krieg erklären, werden wir uns verteidigen und einen Gegenschlag führen.“ Khamenei fuhr fort: „Man kann nicht mit Sicherheit von einem bevorstehenden Angriff sprechen, aber die Drohungen sind ernst zu nehmen. Alle Verantwortlichen haben schwerwiegende Pflichten zu erfüllen, so daß wir nicht einen einzigen Fehler begehen dürfen. Manche glauben, daß es keinen Angriff geben wird, manche nehmen die Bedrohung ernst, meinen jedoch, daß sie sich nur gegen einen Teil unseres Staates richtet, andere hingegen, die an einen Angriff glauben, schlagen vor, zu kapitulieren und die USA um Verzeihung zu bitten. Alle diese Positionen sind falsch. Die Bedrohung richtet sich gegen alle und die einzige Rettung liegt in der Stärkung unseres Staates. Die größte Gefahr droht, wenn wir Schwäche zeigen und kapitulieren.“

Vier Tage später gratulierte Präsident Bush, ohne die Stellungnahme des Revolutionsführers zu beachten, den iranisch-amerikanischen Bürgern und dem

iranischen Volk zum Noruz-Fest, dem Neuen Jahr. Der Präsident lobte den konstruktiven Einsatz von einer Million in Amerika lebenden Iranern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Feier zum persischen Neujahr sei ein Zeichen der Würdigung der alten iranischen Geschichte und ein Indiz für den Willen zur Erneuerung.

Auch Außenminister Colin Powell würdigt das iranische Neue Jahr und schloß seine Grußbotschaft mit dem Wunsch: „Möge das Neue Jahr zu einer Annäherung zwischen den Menschen in Iran und Amerika führen.“

Wie die Antwort auf die Einladung Senator Bidens ausfallen wird, ist trotz der Stellungnahme des Revolutionsführers noch nicht entschieden.

Absage von zwei wichtigen Besuchen

Der Besuch von Außenminister Kharrazi in Moskau und Parlamentspräsident Karrubi in Berlin wurden abgesagt.

Die tatsächlichen Gründe für diese Absagen sind nicht bekannt. Nach Einschätzung von Teheraner Beobachtern führten die aktuelle Kontroverse über die Außenpolitik in Rußland, die Konflikte zwischen Rußland und Iran in Bezug auf die Nutzung des Kaspischen Meeres und nicht zuletzt die amerikanische Drohung gegen Iran zur Absage der Russlandreise. Der Vorfall gewinnt an Bedeutung, wenn man die vielseitigen, vorzüglichen Beziehungen zwischen Rußland und Iran, insbesondere die guten Wirtschaftsbeziehungen in Betracht zieht. Für die Teheraner Experten wirft dies die Frage auf, ob Rußland künftig seine Außenpolitik enger mit den USA koordiniert.

Auch die Absage des Berlin-Besuchs des iranischen Parlamentspräsidenten Karrubi erscheint unklar. Offiziell abgesagt wurde der Besuch, weil Bundeskanzler Schröder Karrubi aufgrund von terminlichen Schwierigkeiten nicht empfangen konnte. Einige Teheraner Beobachter vermuten ein dezentes Drängen der USA. Vielleicht spielte auch der nach wie vor nicht gelöste Konflikt zwischen Teheran und Berlin über die Berliner Konferenz, deren Gäste aus dem Iran sich teilweise immer noch in Haft befinden, eine Rolle.

Die beiden Absagen wirkten in Teheran offenbar ernüchternd und führten zu der Einsicht, daß eine Unterstützung aus dem Ausland, gerade durch die EU und Rußland nicht immer und nicht ohne weiteres zu haben sind. Es wird vermutet, die vorsichtige Zustimmung Teherans zum Friedensplan des saudischen Kronprinzen Abdollah könne mit dieser Ernüchterung zusammenhängen. Immerhin setze der Plan die Anerkennung des Staates Israel voraus, den die Islamische Republik seit ihrer Gründung abgelehnt hat.

„Öl als Waffe“? - Tagung der Konferenz Islamischer Staaten in Kuala Lumpur

Auf der Tagung der Konferenz Islamischer Staaten in Kuala Lumpur forderte Irak als einziges Konferenzmitglied, im Nahost-Konflikt Öl als Waffe zugunsten der Palästinenser einzusetzen. Diese Forderung stieß bei anderen Mitgliedern auf Ablehnung. Nur der iranische Außenminister Kharrazi äußerte sich zweideutig zu dem Vorschlag. Es sei zwar effektiv, den Ölpreis als Druckmittel gegen Israel und seine Unterstützer einzusetzen. Diese Entscheidung müsse jedoch von allen Opec-Staaten gemeinsam getroffen werden. Diese Stellungnahme verdeutlicht die Zwickmühle, in der die iranische Außenpolitik steckt. Einerseits muß sie dem aufgrund der aktuellen Situation im Nahen Osten verstärkten Druck der Rechten ausweichen und auf der anderen Seite die Politik der Reformer fortsetzen, durch die Öffnung nach außen und durch Deeskalation der Konflikte größere Spielräume zu gewinnen.

Die Stellungnahme Kharrazis birgt auch die Gefahr, daß sie vor allem in Washington als Schulteranschlag zwischen Iran und Irak gedeutet werden könnte. Ohne direkt auf diese Stellungnahme einzugehen, bezeichnete der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld einen Tag nach Kharrazis Äußerungen Iran abermals als ein Land, das nach innen und außen Terror ausübe. Iran habe bei bewaffneten Auseinandersetzungen im Nahen Osten die Hand mit im Spiel. Es liefere Waffen an die Autonomieregierung und unterstütze terroristische Organisationen, so Rumsfeld.